Nr. 38 | 2019

Wir

Älteren in den Gewerkschaften in Bremen und Bremerhaven

Christine Koschnick > 14

Energiewende > 18

Seute Deern > 26

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein neues Jahr hat begonnen. Manche haben sich in der Silvesternacht Dinge vorgenommen, die sie ändern wollen. Viele haben sich etwas gewünscht. Die WIR-Redaktion drückt uns allen die Daumen, dass einiges davon in Erfüllung geht.

Dies gilt auch für die beiden Schwerpunktthemen dieses Heftes: WIR wünscht sich einen Rückgang von rechtem, rassistischem, ausländer- und minderheitenfeindlichem Gedankengut, wünscht sich die passenden Antworten auf Provokationen im Alltag und den „Hate-speech" in den Medien, die unsere Gesellschaft vergiften. WIR wünscht sich mehr Bewegung in der Umwelt- und Klimafrage, zahlreiche und noch größere Proteste, die die Regierung endlich zu konsequenterem Handeln zwingen. Die WIR will weiter das Ihre dazu tun.

Die Redaktion wünscht viel Freude bei der Lektüre und freut sich über jede Reaktion, zum Beispiel an wir@aulbremen.de.

*P.S. Wie die aufmerksame Leser*in festgestellt hat, wird die WIR seit der letzten Ausgabe auf Recycling-Papier gedruckt – ein kleiner Beitrag zum Schutz unserer Umwelt.*

Inhalt

3 **Haltung zeigen: Omas gegen Rechts**
Marlene Henrici

5 **Hass im Netz: Der schleichende Angriff auf unsere Demokratie**
Marlene Henrici

6 **Hass auf Medien als Strategie der Rechtsextremisten**
Holger Zantopp

8 **Denkort: Nie wieder Faschismus – Nie wieder Krieg**
Willi Derbogen

10 **Ausstellung: Meinst du, die Russen wollen Krieg?**
Horst Otto

12 **Wie man missliebigen Organisationen an die Gurgel geht ...**
Wolfgang Bielenberg

14 **Chrisitine Koschnick: Mehr als die Frau des Bürgermeisters**
Reiner Meissner, Schapals

18 **Klimaschutz – eine Herausforderung**
Traudel Kassel

21 **Impressum**

22 **AutoMobilität – gestern und heute**
Udo Hannemann

23 **Warum der Kohleausstieg so schwierig ist**
Udo Hannemann

24 **Jümmers noch keen Enn vun de Macho-Kultur bi't Schaffermahl**
Holger Zantopp

25 **Termine von Senior*innen-Gruppen im DGB**

26 **Seute Deern: Ein Bild des Jammers**
Marita Froese-Sarimun

27 **Gedanken zum Siebzigsten**
Wolfgang Bielenberg

28 **Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus**
27. Januar 2020

Krempeln die Ärmel auf, damit's für die Enkel kein böses Erwachen gibt.

Haltung zeigen

Marlene Henrici

Die Initiative „Omas gegen Rechts" wurde 2017 in Wien ins Leben gerufen. Seit Januar 2018 gibt es diese auch in Deutschland. Im Juni 2018 schlossen sich Frauen hier in Bremen zu dieser wichtigen Gruppe zusammen.

„Omas gegen Rechts" ist eine zivilgesellschaftliche überparteiliche Initiative. Sie stehen ein für:

- eine demokratische, rechtsstaatlich organisierte, freie Gesellschaft,
- den Respekt und die Achtung gegenüber anderen Mitbürger*innen, unabhängig von Religion und Herkunft,
- die Rechte der vor Krieg und Not geflüchteten Menschen,
- soziale Standards, die bereits von Eltern und Großeltern erkämpft wurden.

Sie wollen Missstände mit geeigneten Methoden öffentlich machen und politischen Widerstand gegen jede Form der Ausgrenzung und Rassismus organisieren. Bei den Aktionen sind politische Freund*innen aus allen Generationen willkommen.

Ich habe drei der „Omas gegen Rechts" getroffen und mit ihnen über die persönlichen Erlebnisse und Motivationen für ihr Engagement gesprochen.

Liselotte Warnecke ist seit August 2018 dabei.

Sie war schon immer politisch aktiv. Als sie dann in Rente ging, las sie einen Artikel im Weser Kurier über die „Omas gegen Rechts" und dachte, das ist genau das Richtige für mich. Sie erzählt von ihren Eltern und Großeltern, die gesagt hätten, dass sie nicht rechtzeitig erkannt hätten, was mit dem faschistischen Hitlerregime auf sie zugekommen wäre. Sie sagt, heute wissen wir, was Faschismus ist. Deshalb ist es wichtig für sie, jetzt aktiv zu werden und dagegen zu kämpfen. Ihre Enkeltochter soll nicht sagen, warum hast du eigentlich nichts dagegen unternommen?

Inge Dotschkis- Hillejan ist seit einem Jahr dabei.

Sie war in der Vergangenheit vorrangig in der außerparlamentarischen Opposition, der autonomen Frauenbewegung aktiv und hat auch an Anti-AKW und Friedensbewegungsdemos teilgenommen. Als

sie dann vor einem Jahr in Rente ging, war es für sie klar, dass sie sich bei den „Omas gegen Rechts“ engagiert.

Sie sagt, dass die ältere Frau als politische Kraft nicht vorgesehen ist. Sie will deutlich machen, dass sie nicht unsichtbar ist. Ihr ist es wichtig, dass alles mit einer guten Portion Humor stattfindet und alle Gruppenmitglieder sich gegenseitig achten. Ihr gefällt besonders gut, dass die Initiative demokratisch organisiert ist. Jede kann entscheiden, an welchen Aktivitäten sie teilnimmt. Es bestehen also keinerlei Verpflichtungen, wenn man sich entscheidet, der Initiative beizutreten. Sie ist froh, dass es sich weder um eine Partei noch um einen Verein handelt.

Sie sagt, unser Ding ist, sich mutig zu verhalten. Wir zeigen uns. Wir sind die Vielen und bauen uns auf gegen Rechtsradikale.

Ulrike Wübbena ist seit November 2018 dabei.

Sie hat die „Omas gegen Rechts“ bei der Demonstration „Bremen zeigt Gesicht“ kennen gelernt und war gleich von den Frauen begeistert. „ Jetzt bin ich endlich nicht mehr alleine gegen Rechts“.
Sie berichtet, dass sie als Kind sehr viel Kontakt zu Kriegsverletzten und Kriegerwitwen hatte. Wenn sie fragte, warum jemand kein Bein oder keinen Arm oder keinen Mann mehr hatte, hieß es: Das ist im Krieg geblieben. Diese Aussagen, die politisch aktiven Eltern und ein sehr guter Geschichtsunterricht haben dazu geführt, dass sie sich später intensiv mit dem Faschismus beschäftigt hat. Sie fühlte sich oft alleine in ihrer ablehnenden Haltung.

Jetzt ist sie froh, bei den Omas gegen Rechts Mitstreiterinnen gefunden zu haben. Sie ist bekennender Werder-Fan und trägt den Button der Omas auch bei Werder-Spielen. Es freut sie, dass sie jedes Mal mit „da kommt die Oma gegen Rechts“ begrüßt wird. Auf meine Frage, ob auch Opas willkommen sind, heißt es, wenn sie sich an die weibliche Diskussions- und Umgangsform halten, dann ja. Denn die Demonstrationen gegen Rechts sind bunt und fröhlich und die Demokratie sei weiblich.

Ulrike Wübbena ist im Organisationsteam, das heißt, sie unterstützt bei der Erstellung der Tagesordnung für die monatlichen Treffen, erstellt den Terminplan und verteilt die Termine von verschieden Veranstaltungen und Demonstrationen an die mittlerweile 150 teilnehmenden Frauen. Das geschieht, wie gewünscht, entweder per Mail, per Whats App oder Facebook Gruppe.

Alle drei berichten, dass sie in der Regel freundschaftlich begrüßt werden, wenn sie bei Demonstrationen oder Veranstaltungen teilnehmen. Inge Dotschkis-Hillejan berichtet aber von einem Urlaub in Mecklenburg Vorpommern. Sie trug wie gewohnt ihren Button. Als sie kam, wurde vor ihr ausgespuckt. In dieser Situation gehört sehr viel Mut dazu, Position zu beziehen und nicht aufzugeben. Sie weiß aber die vielen Anderen zur Stärkung in ihrem Rücken. Sie sagt, alt sein heißt nicht stumm sein.

Ich danke allen dreien, dass sie sich die Zeit genommen haben, mit mir zu sprechen und mir die persönlichen Erlebnisse und Motivationen zu berichten.

INFO

Treff. Jeden ersten Samstag im Monat, Weserterrassen, 15 Uhr bis 17:30 Uhr. Es können alle mitmachen, die die Plattform achten, die am Anfang des Artikels erwähnt wird.

Kontakt. Gerda Smorra, Marion Bonk, omasgegenrechts-bremen@web.de
Informationen zu Veranstaltungen: www.omasgegenrechts-nord.de

Buchempfehlung. Monika Selzer: Omas gegen Rechts. Warum wir für die Zukunft unserer Enkel kämpfen. Droemer Verlag 2019 (12,99 €).

Hass im Netz: Der schleichende Angriff auf unsere Demokratie

Marlene Henrici

Wie sicher bekannt ist, hat Renate Künast vor dem Berliner Landgericht geklagt, nachdem es im Netz zu schlimmsten Beleidigungen gegen sie gekommen war. So wurde sie unter anderem mit „Stück Scheiße“ und vielen anderen schlimmen Ausdrücken beschimpft. Sie wollte die Namen der „Hetzer“ gegen sie von Facebook genannt bekommen, damit sie Anzeige erstatten kann. Sie ist zu Recht der Meinung, dass keine*r sich solche Beschimpfungen gefallen lassen muss.

Gut, dass diese Dinge endlich öffentlich gemacht werden und sie sich wehrt, habe ich gedacht. Das Urteil des Landgerichtes lautete aber zu meinem Entsetzen, dass sie sich solche Beschimpfungen gefallen lassen muss. Sie lässt das nicht auf sich beruhen und geht gegen dieses Urteil vor.

Im Rahmen der Diskussion zu diesem Urteil wurde bekannt, dass sehr viele Menschen von Hasstiraden im Netz betroffen sind. Es sind vor allem die, die sich politisch engagieren und öffentlich Stellung beziehen:

Im Auftrag von Campact e.V. * wurde im April und Mai 2019 die bisher größte Online Befragung mit 7.349 Teilnehmenden im Alter zwischen 18 und 95 Jahren zum Thema „Hassrede im Internet“ durchgeführt. Unter Hassrede (oder auch Hate Speech) verstehen die Studienautoren eine aggressive oder allgemein abwertende Aussage gegenüber Personen, die bestimmten Gruppen zugeordnet werden, also vor allem eine vorurteilsgeprägte, abwertende Sprache.

Die Mehrheit der Betroffenen von Hasskommentaren berichtet von persönlichen Problemen, wie emotionalem Stress, Angst, Unruhe, Depressionen und Problemen mit dem Selbstbild. Die Folge ist, dass sich viele nicht mehr trauen, an Diskussionen im Netz teilzunehmen. Wenn sich nun immer mehr Leute aus diesen Diskussionen zurückziehen, wird ein falsches Bild der Mehrheiten erzeugt. Das gefährdet auf jeden Fall unsere Demokratie. So stimmt die Mehrheit der Teilnehmer*innen der Befragung der Forderung zu, dass Hasskommentare strafrechtlich verfolgt werden müssen. Es muss Anlaufstellen in allen Bundesländern für Betroffene geben. Dieses Thema muss schon in Schulen besprochen werden, das heißt Lehrende müssen dazu eine Fortbildung erhalten.

Renate Künast (Jg. 1955) war von 2001 bis 2005 Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Seit 2002 gehört sie dem Bundestag an, von 2005 bis 2012 als Vorsitzende der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen.

Es ist bekannt, dass über 90 Prozent dieser Hasskommentare aus rechten Kreisen kommen. Es wird höchste Zeit, dass wir uns alle dagegen wehren.

* Campact e.V. ist eine Bürgerbewegung, die nach eigenen Angaben mit über zwei Mio. Menschen für eine progressive Politik streitet. So werden von Campact zum Beispiel Online-Petitionen gestartet. Quelle: https://campact.org/hass-im-netz-studie-2019

Hass auf Medien als Strategie von Rechtsextremisten

Holger Zantopp

Die Attacken von Donald Trump auf US-Medien sind bekannt. Der amerikanische Präsident spricht allgemein von Fake News und beschimpft Journalist*innen als "Feinde des Volkes". Zielscheibe seiner Kritik sind unter anderem die Zeitungen Washington Post und New York Times sowie der TV-Sender CNN, nicht aber sein Lieblingssender Fox News. Trump kündigte die Abonnements für die beiden Zeitungen. Im Weißen Haus sollen die Blätter nicht mehr zur Verfügung stehen.

Die AfD in Deutschland greift ebenfalls regelmäßig Medien an, insbesondere ARD und ZDF. Nach Auffassung der rechtsextremen Partei sind diese öffentlich-rechtlichen Sender „tendenziös“ in ihrer Berichterstattung, und zwar zugunsten eines „linken Spektrums“. Deswegen will die AfD als einzige Bundestagspartei die Rundfunkgebühren abschaffen und durch eine Art Pay-TV ersetzen.

Anfang 2016 hatte der AfD-Politiker Gauland der Journalistin Anja Reschke unterstellt, im Sinne von Bundeskanzlerin Merkel zu berichten. Anlass war unter anderem der Kommentar von Reschke in den ARD-Tagesthemen. Sie hatte sich für Geflüchtete und gegen die Hetze von Rechtsextremisten („Aufstand der Anständigen“) ausgesprochen.

Rechtsextreme Sprache der Gewalt

„Wir werden sie jagen!“, hatte Gauland nach der letzten Bundestagswahl angekündigt. Vermutlich meinte er nicht nur die Merkel-Regierung, sondern alle „links-grün-versifften“ Politiker und vor allem die „gleichgeschaltete Lügenpresse". Am liebsten möchte die Partei Journalist*innen vorschreiben, welche Fragen gestellt werden dürfen. Wer nicht im Sinne der Partei berichtet, wird als Lügner oder Lügnerin bezeichnet. Björn Höcke, der AfD-Landeschef in Thüringen, hatte Redakteur*innen schon mal als „geistig-moralisch kastrierte Schreiberlinge“ beschimpft.

Die AfD-Fraktion im Hochtaunuskreis hatte im August 2018 auf Facebook mit Gewaltfantasien für Aufregung gesorgt. Anlässlich der Medienberichte nach dem gewaltsamen Tod eines 35-Jährigen Mannes in Chemnitz hieß es: „Zu Beginn einer Revolution haben die Staatsberichterstatter noch die Chance, sich vom System abzuwenden und die Wahrheit zu berichten! Bei uns bekannten Revolutionen wurden irgendwann die Funkhäuser sowie die Presseverlage gestürmt und die Mitarbeiter auf die Straße gezerrt. Darüber sollten die Medienvertreter hierzulande einmal nachdenken, denn wenn die Stimmung endgültig kippt, ist es zu spät!“ Erst nach Protesten, auch vom hessischen AfD-Landesverband, wurde der Facebook-Eintrag entfernt.

Zu diesen Attacken gegen die Medien passen die allgemeinen Aussagen von Höcke in seinem Buch „Nie zweimal in denselben Fluss“. Dort beschreibt er das Ziel der AfD, nämlich Deutschland von „kulturfremden“ Menschen zu „säubern“. Der AfD-Einpeitscher spricht von „wohltemperierter Grausamkeit”, um Millionen Menschen mit seinem "Remigrationspro-

Ob im Stadion von Dynamo Dresden oder bei den Pegida-Aufmärschen: Die „Medienanalyse“ ist dieselbe.

jekt" außer Landes zu bringen. Höcke ist Anführer des "Flügels“, das ist der völkisch-nationalistische Teil der AfD.

Selbstverharmlosung der AfD

Die Wahlerfolge der AfD beruhen zum Teil darauf, dass sich die Partei als „bürgerlich“ oder "bürgerlich-konservativ“ darstellt. Indem diese Begriffe permanent wiederholt werden, prägen sich solche Eigenbewertungen beim Wahlvolk ein und werden oftmals akzeptiert.

Höcke sprach nach der Landtagswahl in Thüringen sogar von einer „bürgerlich-patriotischen Partei“. In dem Fernseh-Interview mit ihm wurde aber nicht nachgehakt. Dass Höcke laut Gerichtsurteil als "Faschist" bezeichnet werden darf, kam ebenfalls nicht zur Sprache. Gauland hält weiterhin seine schützende Hand über Höcke und nennt ihn einen „Nationalromantiker“, der nach Gaulands Worten in der "Mitte“ der Partei steht.

Die Strategie der Selbstverharmlosung in der Öffentlichkeit kommt nicht von ungefähr. Das Konzept stammt von Götz Kubitschek. Er gilt als einflussreicher Vordenker für die gesamte rechte Szene In Deutschland. Mit dieser Strategie sollen bürgerliche Wähler für die AfD gewonnen werden, und zwar durch Ablenkmanöver, indem die wirklichen Ziele der Partei zunächst unsichtbar bleiben. Nach den Worten von Kubitschek ist die Selbstverharmlosung der Versuch, die Vorwürfe des Gegners durch „Zurschaustellung“ der eigenen Harmlosigkeit abzuwehren.

Die AfD bedient sich der Begriffe „bürgerlich und konservativ“, um sich als gemäßigte Partei zu präsentieren. Das kann nur als Täuschung über die wahren Ziele der Rechtsextremisten bezeichnet werden. Im September 2019 war Höcke vom ZDF interviewt worden. Als bestimmte NS-Begriffe zur Sprache kamen, beendete er das Gespräch. Zugleich drohte Höcke dem Journalisten mit „Konsequenzen“. Allein dieser Vorgang zeigt, dass die AfD - und insbesondere Höcke – ein gestörtes Verhältnis zur Presse hat.

Deutungshoheit über den Freiheitsbegriff

Pressefreiheit ist für die Partei nur das, was sie selber für richtig hält und veröffentlicht. Die AfD beklagt sich, dass es angeblich keine Meinungsfreiheit mehr in Deutschland gibt. Wie ist das gemeint? Sollen die Grenzen des Sagbaren verschoben werden? Nein! Es ist unter anderem weiterhin strafbar, den Holocaust zu leugnen. Drohungen mit Gewalt und Beleidigungen im Netz dürfen unter Berufung auf die Meinungsfreiheit niemals zur Normalität werden.

Es ist auch möglich, dieses Thema andersherum zu betrachten. Diejenigen, die sich für Geflüchtete und für einen engagierten Kampf gegen den Klimawandel einsetzen, müssen sich von der AfD oftmals wüste Beschimpfungen anhören. Die Demokraten in diesem Land hätten allen Grund, sich über Einschüchterung und eingeschränkte Meinungsfreiheit zu beklagen - nicht aber die AfD.

DENKORT

„Nie wieder Faschismus – Nie wieder Krieg“

Willi Derbogen

Am Anti-Kriegstag, dem 1. September 2019, wurde vor der Jugendbildungsstätte LidiceHaus auf dem Stadtwerder ein Mahnmal enthüllt, das uns an die Schrecken der Nazizeit und das Leid des Zweiten Weltkrieges erinnern soll. Der Schwur, den sich die Überlebenden des Konzentrationslagers Buchenwald nach der Befreiung durch die alliierten Truppen am 11. April 1945 gegeben haben, war und ist eindringliche Mahnung für alle nachfolgenden Generationen. Damit ist dieses Mahnmal auch ein Aufruf an uns, dem wachsenden Nationalismus in Deutschland, Europa und der Welt, dem zunehmenden Rechtspopulismus ebenso entgegenzutreten wie Ausgrenzung und Rassismus und der damit verbundenen Gewalt und Hetze.

Umso ermutigender ist die Aufstellung dieses Denkmals, als es von jungen, in der IG Metall Jugend organisierten Auszubildenden bei ArcelorMittal geschaffen wurde. 1995 war ein gleiches Denkmal zum Gedenken an den 50sten Jahrestag des Kriegsendes und damit auch des Endes der Nazi-Diktatur auf dem Gelände der ehemaligen Jugendbildungsstätte der IG Metall hinter dem Kuhhirten enthüllt worden. Diese Bildungsstätte wurde schon lange geschlossen, das Denkmal verrottete an der nun abseits gelegenen Stelle.

Mit dem neuen Standort an der Jugendbildungsstätte LidiceHaus haben die Auszubildenden und die IG Metall auch ein Zeichen in die heutige Zeit hinein gesetzt. Die Jugendbildungsstätte engagiert sich

Auszubildende der Stahlwerke Bremen (ArcelorMittal) verbanden ihr handwerkliches Können mit antifaschistischem Engagement.

*Zur Einweihung kamen zahlreiche Bremer*innen am Antikriegstag 2019 zum Lidice-Haus auf dem Stadtwerder.*

mit ihrer Bildungsarbeit und ihren zahlreichen Projekten in der Abwehr von Ausgrenzung und Diskriminierung, der Stärkung demokratischer Bildung und Beteiligung junger Menschen sowie der Bekämpfung von Rechtsextremismus, Hetze und Gewalt. Hier werden Bildungsmaßnahmen, Beratung und Unterstützung für junge Menschen und Multiplikator*innen angeboten (nähere Informationen unter www.lidicehaus.de). Nicht umsonst steht der Name LidiceHaus für Erinnerung an das Grauen, das SS und deutsche Wehrmacht während des Zweiten Weltkriegs in den besetzten Ländern, hier in Lidice in der Tschechischen Republik, angerichtet haben, indem sie die Zivilbevölkerung ganzer Ortschaften auslöschten. Der Name steht ebenso für eine entscheidenden Aufgabe politischer Jugendbildung in unserer Gegenwart und Zukunft: „Nie wieder Faschismus – Nie wieder Krieg".

Mit dem Denkmal und diesem Denkort soll auch auf Spuren der Nazi-Diktatur in Bremen hingewiesen werden. Die Denkorte-Initiative Neustadt wird am 21. Dezember neben dem Mahnmal der IG-Metall-Jugend eine weitere Stele einweihen, die an umgekommene Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter*innen erinnert, die auf dem Gelände der heutigen Bildungsstätte in einer großen Sporthalle in der Zeit von 1940 bis 1945 als Außenlager des Stammlagers in Nienburg eingesperrt wurden. Die Denkorte-Initiative Neustadt hat es sich zum Ziel gesetzt, Spuren von Zwangsarbeit, Vernichtung, Unterdrückung und Widerstand während des NS-Regimes in der Bremer Neustadt aufzufinden und bekannt zu machen – als Erinnerung an eine grauenvolle Vergangenheit auch in unserer Stadt – aber auch als Aufforderung, sich rechten Entwicklungen in unserer Gesellschaft, unserer Stadt, unserer Lebenswelt entgegen zu stellen – „NIE WIEDER".

www.spurensuche-bremen.de

Unter dieser Adresse finden Internet-Nutzer einen interaktiven Stadtplan, der sehr detailliert Bremens braunes Erbe sichtbar macht. Zugleich wird auf aktuelle Veranstaltungen zum Thema hingewiesen.

Ausstellung im Gewerkschaftshaus Bremen

„Meinst Du, die Russen wollen Krieg?“

Horst Otto

Russland – immer noch und immer wieder ein Buch mit sieben Siegeln. Was die Medien berichten, klingt nicht gut: unberechenbar, aggressiv und unfähig zur Demokratie. Doch stimmt dieses Bild? Eine Ausstellung über das heutige Russland zeigt ab 31. Januar 2020 im Gewerkschaftshaus Bremen Fotografien und Impressionen vom Alltag. Begleitende Texte bieten eine Möglichkeit, den Blick auf dieses Land zu überprüfen.

Einblicke und Eindrücke, die sich im ersten Moment oft nicht von unserem Leben in Deutschland unterscheiden: Werbung, Smartphones, Fastfood und Shopping Malls sind in der Öffentlichkeit präsent. Die Bilder zeigen aber auch, wie sich Tradition und Moderne gegenüberstehen: Musiker mit Akkordeon und folkloristischem Repertoire beleben die Straßen neben Künstlern mit E-Gitarre und Verstärker. Modisch gekleidete Frauen treffen auf „Babuschkas“, die vor den Metrostationen Gemüse und Blumen anbieten. Die Fotografien stellen typische Impressionen des Alltags vor.

Szene am 9. Mai – auf dem Weg zum Bessmertnyj Polk.

„Meinst du, die Russen wollen Krieg?“ ist ein Gedicht des Poeten Evgenij Evtushenko aus dem Jahre 1961. Die Vertonung durch Mark Bernes führte zu internationaler Verbreitung. Das Antikriegslied betont das friedliche Russland und die schmerzvolle Erinnerung, da auch bis in fast jede Familie hinein Opfer zu beklagen waren. Der 9. Mai ist in Russland der Tag des Sieges zum Ende des Zweiten Weltkriegs. Dieser Gedenktag änderte sich in den letzten Jahren grundlegend. Die offiziellen militärischen Staatsfeiern werden zunehmend ersetzt durch den Bessmertnyj polk (Бессмертный полк), auf Deutsch „unsterbliches Regiment“. Auf diesen Veranstaltungen vermischt sich das Feiern mit öffentlicher Manifestation und kollektiver Erinnerung an die Angehörigen. Die Teilnehmenden, Familien, Kinder, junge und alte Menschen, tragen Tafeln mit Bildern ihrer Vorfahren, die im Krieg gewesen sind oder davon betroffen waren. 2019 gingen weltweit in mehr als 80 Ländern Menschen zur Erinnerung auf die Straße, davon 10 Millionen in Russland. Allein in St. Petersburg waren es mehr als eine Million. Gemeinsam teilt man sich Geschichte und familiäre Verbundenheit. Ein Teil der Aufnahmen in der Ausstellung widmet sich dem Bessmertnyj Polk am 9. Mai.

Auch Jahrzehnte nach Ende des Zweiten Weltkriegs bleibt der 8. Mai, der Tag der Befreiung, ein wichtiges Datum, dem in Deutschland zu wenig Bedeutung zugemessen wird. Geschichte verblasst zunehmend, wenn die Erinnerung und Verantwortung nicht wachgehalten werden. Frieden kennt jedoch kein Verfallsdatum für Erinnerung. Das Wissen, wie andere Völker leben und welche Hintergründe dazu existieren, ist Grundlage dafür, dass unterschiedliche Kulturen einander respektvoll begegnen können. Die Ausstellung will Mut dazu machen. Denn ein friedliches Europa ist nur mit Russland möglich.

DGB Bremen ist Mitveranstalter

Veranstalter der Ausstellung ist der im August 2019 gegründete „Deutsch-Russische Friedens-Tage Bremen e. V.“ gemeinsam mit dem DGB Bremen.

Der Verein hat ambitionierte Ziele: Mehr Informationen über das Leben und die Kultur in Russland; Mehr Begegnungen mit Russinnen und Russen und jenen Menschen aus dem Gebiet der früheren Sowjetunion, die in unserer Stadt leben; mehr Diskussion über die Gestaltung der deutsch-russischen Beziehungen, insbesondere im 75. Jahr der Befreiung Europas vom deutschen Faschismus; – mit vielfältigen Veranstaltungen gibt der Verein Anregungen, den eigenen Blick auf Russland zu überprüfen und auch darüber nachzudenken, welche gemeinsame Zukunft Deutschland und Russland auf dem europäischen Kontinent haben. Mit dem Engagement seiner Mitglieder will er zu einem entspannten und friedlichen Verhältnis und guter Nachbarschaft zu Russland beitragen.

Der Wandel der russischen Erinnerungskultur an das Trauma des Zweiten Weltkrieges zeigt sich auch am 9. Mai mit dem Bessmertnyj Polk. (Fotos: Jörg Munder, Stuttgart)

Interessant ist der russische Blick, interessant ist der deutsche Blick. Überraschend ist der gemeinsame Blick.

Konzipiert und umgesetzt wurde die Ausstellung von Elena Maslovskaya und Jörg Munder. Elena Maslovskaya wurde in Leningrad geboren. Sie ist selbstständig tätig als Grafikerin, Übersetzerin und Leiterin von Medienprojekten. Ihre Mutter überlebte die ersten und schlimmsten neun Monate der Blockade Leningrads und konnte als Zeitzeugin ihr Wissen weitergeben. Heute lebt Elena Maslovskaya hauptsächlich in Stuttgart, pendelt aber häufig in ihre Geburtsstadt. Jörg Munder ist Gewerkschaftssekretär beim DGB in Stuttgart. Das friedliche Zusammenleben und die Verantwortung für die gemeinsame Geschichte von Russland und Deutschland ist ihm ein besonderes Anliegen. Regelmäßige Besuche in Russland geben ihm Einblicke zu diesem Thema.

Besonders interessant ist ihr Blick auf den Wandel der Erinnerungskultur. Wie sehen die Menschen Russlands heute das Trauma des Zweiten Weltkrieges und wie gedenken sie der 27 Millionen sowjetischen Menschen, die dabei zu Tode kamen. Diese Frage lenkt natürlich auch den Blick auf die geschichtliche Aufarbeitung in Deutschland und die aktuelle Politik der Bundesregierung.

„Über Russland wird in der Öffentlichkeit viel gesprochen. Hierbei wird schnell klar: Viele Menschen in Deutschland haben ein Bild von Russland, das vor allem durch Spannungen in der internationalen Politik geprägt ist. Gleichzeitig ist häufig wenig über das Leben in Russland und die russische Gesellschaft bekannt. Das verstärkt die Bereitschaft zur Konfrontation, wo Deeskalation notwendig ist.“

Anette Düring
DGB-Vorsitzende Bremen-Elbe-Weser

Öffnungszeiten

Freitag, 31. Januar bis einschließlich Freitag, 28. Februar
Foyer des Gewerkschaftshauses, Bahnhofsplatz 22–24, 28195 Bremen.
Eintritt frei

Mo – Do 9.00 Uhr bis 18.00 Uhr
Fr 9.00 Uhr bis 14.00 Uhr

Führungen

Treffpunkt im Foyer, Eintritt frei

- Dienstag, 4. Feb. – 11 Uhr
- Mittwoch, 12. Feb. – 16 Uhr
- Dienstag, 18. Feb. – 16 Uhr
- Donnerstag, 27. Feb. – 11 Uhr

Führungen für Schulklassen und Gruppen auf Anfrage: E-Mail: info@deutsch-russische-friedenstage.de

Wolfgang Bielenberg

Wie man missliebigen Organisationen an die Gurgel geht

Bei allen großen politischen Aktionen, bei vielen Demos in den letzten Jahren sind sie unübersehbar: Fahnen und Transparente der Nichtregierungsorganisationen (NGOs) Attac und Campact. Beide Vereine und deren Mitglieder und Unterstützer*innen wirkten mit bei der Initiierung und Organisation gesellschaftlichen Widerstands gegen die neoliberale Politik der Bundesregierung, beteiligten sich an Aktionen für den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und des Klimas, stärkten Kampagnen für die Stärkung des Sozialstaats und eine Umverteilung von Vermögen. Das taten beide Vereine zunehmend erfolgreich: Denkt man an die 250.000 Menschen, die sich im Oktober 2016 in Berlin gegen TTIP und CETA versammelten, den Alternativgipfel „Grenzenlose Solidarität statt G20“ 2017 in Hamburg, die Unterstützung der Schülerprotestbewegung „Fridays for Future“ oder die Protestaktion „#seebrücke“ für sichere Häfen für Geflüchtete. (Viele andere Beispiele siehe die am Ende angegebenen Links.)

Das gefiel nicht allen. Rechte und neoliberale Kreise fühlten sich angegriffen. Die Vereine wurden als „intransparente Protestfirma“ oder „linke Lobbytruppe“ beschimpft, auf eine Lagerhalle von Campact wurde 2018 ein Brandanschlag verübt. Man sann über Maßnahmen nach, wie man den Einfluss dieser Organisationen eindämmen könnte. Da man sie nicht verbieten konnte, suchte man einen Weg, ihnen wirtschaftlich zu schaden und sie dadurch mundtot zu machen.

Im Oktober 2014 erkannte das Finanzamt in Frankfurt/Main Attac die Gemeinnützigkeit ab, da die Organisation „allgemeinpolitische Ziele“ verfolge. Doch die Richter des hessischen Finanzgerichts folgten 2016 dem Widerspruch von Attac und stellten in ihrem Urteil die Gemeinnützigkeit gerichtlich fest. Auf Weisung des CDU-Bundesfinanzministers Schäuble ging das Finanzamt in Berufung. Im Februar 2019 gab der Bundesfinanzhof der Revision statt.

Seine Begründung: Gemeinnützige Vereine hätten kein allgemeinpolitisches Mandat, das aber Attac durch Pressemitteilungen zu sehr unterschiedlichen Themen wahrnehme. Die öffentliche Meinung „im Sinne eigener Auffassungen“ zu beeinflussen, sei durch den gemeinnützigen Zweck der politischen Bildung nicht abgedeckt. Diese setze „ein Handeln in geistiger Offenheit voraus“. Einseitig beeinflussendes politisches Engagement dürfe nur zugunsten von 25 anerkannten Zwecken erfolgen, unter anderem Verbraucher-, Natur- und Umweltschutz. Nicht gemeinnützig sind dagegen die Wahrnehmung und Verwirklichung von Grundrechten, der Einsatz für Frieden, soziale Gerechtigkeit, informationelle Selbstbestimmung, für

Menschenrechte und die Gleichstellung der Geschlechter.

Diese Argumentation ist nicht neu: So wurde den Allgemeinen Student*innenauschüssen der Hochschulen und Universitäten schon in den 60er Jahren ein allgemeinpolitisches Mandat abgesprochen, so wünscht man sich das Verhalten der Gewerkschaften, so versucht man, politischen Streiks die juristische Grundlage zu entziehen.

Die Süddeutsche Zeitung sprach von einem Urteil mit „toxischer“ Wirkung, das es nun möglich macht, politisch aktive Vereine finanziell trockenzulegen. Attac warnte vor dem Dominoeffekt, der umgehend eintrat: Noch im selben Monat entzog das Finanzamt Berlin Campact die Gemeinnützigkeit. Im November folgte die VVN/BdA. Die CDU fordert dies auch für die Deutsche Umwelthilfe (DUH).

Mit dem Entzug sind Vereine nicht mehr steuerbefreit und können keine Spendenquittungen ausstellen, die es dem Spender ermöglichen, seine Spenden steuerlich abzusetzen. Zusätzlich fordern die Finanzämter Nachzahlungen in Höhe von Hunderttausenden Euros. Ein schwerer Schlag für die Organisationen, die sich im Wesentlichen durch Spenden finanzieren.

Doch Attac, Campact und VVN/BdA stehen nicht allein. Mit Bekanntwerden des Urteils des Bundesfinanzhofs solidarisierten sich Ozrganisationen wie Greenpeace oder die Amadeu Antonio Stiftung, gab es viele Tausend Menschen, die sich positionierten und spendeten. In einem Appell an Finanzminister Scholz fordern über 250.000 Menschen eine rechtssichere Reform der Gemeinnützigkeit, die ihre Ziele erweitert und die Beteiligung von Organisationen an der öffentlichen Meinungsbildung nicht gefährdet.

Damit Attac und Campact weiterarbeiten können, brauchen sie Unterstützung.

Hähnchenschreddern etc.: Der in Verden ansässige Campact e.V. engagiert sich auch im Tierschutz.

Das Kalkül „Keine Gemeinnützigkeit = weniger Spenden = keine schlagkräftigen Kampagnen mehr“ darf nicht aufgehen. Neben einer Mitarbeit können auch kleine regelmäßige Beiträge helfen.

Attac ist eine 1998 in Frankreich gegründete Organisation, die für die Einrichtung einer „Solidaritätssteuer“ zur Kontrolle der Finanzmärkte eintritt. In Deutschland entstand Attac im Jahr 2000 als Verein, der ein Netzwerk von Organisationen und Einzelpersonen bildet. So gehören neben ver.di, BUND, Pax Christi, DFG-VK, Medico international inzwischen über 30.000 Mitglieder dazu. Attac versteht sich als „Bildungsbewegung“ mit Aktionscharakter. Siehe > https://www.attac.de/

Campact wurde 2004 in Berlin gegründet. Der Verein organisiert Kampagnen zu einer großen Anzahl von Themen. Damit will Campact es politisch interessierten Menschen ermöglichen, durch die Nutzung des Internets politisch aktiv zu werden. Zurzeit sind mehr als 1,8 Millionen Menschen bei Campact registriert. Siehe > https://www.campact.de/

Wie die oberste Finanzverwaltung die Welt einteilt

böse = gar nicht gemeinnützig

- *attac*
- *campact*
- *VVN-BdA - Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes/ Bund der Antifaschisten*

unter Verdacht, böse (also nicht gemeinnützig) zu sein

- *Deutsche Umwelthilfe (DUH)*
- *cnetz - Verein für Netzpolitik*

gut = gemeinnützig

- *Atlantik-Brücke*
- *Bertelsmann Stiftung*
- *Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft*
- *Deutscher Bundeswehrverband*
- *Gesellschaft für Wehrtechnik*

Udo Schapals und Reiner Meissner von den ver.di-Ortssenioren Bremen sprachen mit Christine Koschnick über ihr Leben in der Zeit des Nationalsozialismus und ihre spätere Gewerkschaftsarbeit.

Mehr als die Frau des Bürgermeisters

Reiner Meissner
Udo Schapals

Christine Koschnick ist seit mehr als 70 Jahren Gewerkschaftsmitglied. Mehrere Jahre war sie auch hauptamtlich für die Gewerkschaft ÖTV tätig.

Christine wurde am 20. Dezember 1926 in Marsberg (Sauerland) geboren. Sie war das erste Kind des Ehepaares Louise und Alexander Risse. Nach dem frühen Tod zweier Geschwister verbrachte sie ihre Kindheit mit drei weiteren Schwestern im Elternhaus.

Der Vater hatte noch am 1. Weltkrieg teilgenommen. Nach dem Krieg war er für die Patient*innen zweier großer Heil-und Pflegeanstalten als Bäckermeister für die Versorgung mit Backwaren zuständig. Er befand sich in einem Beamtenverhältnis. Im 2. Weltkrieg wurde er kurz eingezogen, dann aber freigestellt wegen der Versorgung der inzwischen in den Anstalten eingerichteten großen Lazarette. Die ehemaligen Patient*innen waren vorher abtransportiert worden. Sie kehrten nie wieder zurück !

Christines Mutter Luise blieb, wie damals üblich, als Hausfrau zu Hause. Sie stammte aus Sachsen-Anhalt, einer protestantisch geprägten Gegend. Dort in der Magdeburger Börde gab es viele große Güter. Sie hatte als Kind beobachtet wie Gutsbesitzer über die Felder ritten und manchmal mit der Reitpeitsche auf die Arbeiter*innen einschlugen, wenn sie angeblich nicht genug arbeiteten. Das hatte sie schon als Kind sehr empört.

Christine: „Meine Mutter hatte eine Menge von sozialistischen Sprüchen drauf und konnte auch einige entsprechende Lieder singen."

Christine wuchs in einem behüteten katholischen Elternhaus auf, in dem es keine Sympathien für die Nazis gab. Die Eltern waren sehr aufgeschlossen, interessiert

Chistine Koschnick (links stehend) erinnert sich an eine behütete Kindheit in einem christlichen Elternhaus.

Auch mit 93 Jahren ganz selbstverständlich noch Mitglied ihrer Gewerkschaft.

und lasen den Kindern viel vor.
Am Wohnort – vor 1938 – lebte eine Tante, die noch bei Juden arbeiten und wohnen durfte, weil sie schon über 45 Jahre alt war. Bei Besuchen der Tante erfuhr Christine viel über die jüdische Familie und wie Juden unter den Nazis litten.

Christine: „ Die jüdische Familie hatte zwei Töchter, die bereits ihrer Abstammung wegen eine höhere Schule verlassen mussten. Sie schenkten mir bei einem Besuch der Tante einen silbernen Armreif. Nun komme ich nach Hause und mein Vater fragt mich: Was ist das? Dann habe ich ihm gesagt, wie ich dazu gekommen bin. Er antwortete: „Du weißt ja, wie die Situation ist. Du trägst den Armreif nur sonntags und wenn dich jemand fragt, woher er ist, dann hältst du den Mund. Sag niemals, dass du ihn von den jüdischen Mädchen hast, denn du musst damit rechnen, dass deine Eltern abgeholt werden. Du kommst in ein Heim oder Lager.“ Ich habe den Mund gehalten! Später war ich froh, dass die Mädchen noch der Deportation entkommen sind.“

Ab 1933 besuchte Christine die Volksschule. Mit zehn Jahren kam sie auf die örtliche höhere Schule, eine spätere Oberschule für Jungen. In der Schule wurde der Einfluss der Nazis immer spürbarer. Ihr Gedankengut prägte auch die Schulbücher. Der Hitlergruß wurde geübt und es wurde viel Wert auf Sport gelegt.

Christine: „Auch in Marsberg fand häufig ein Heimabend der Jungmädel in der Hitlerjugend statt. Ich fand vieles so albern, dass ich mich wenig angesprochen fühlte. Auch hörte ich zu Hause etwas anderes. Allerdings wurde mir die Teilnahme nicht erspart.“

Der weitere Schulbesuch erfolgte ab 1942 auf einer Oberschule für Mädchen in dem

80 Bahnkilometer entfernten Arnsberg. Während dieser Zeit wohnte Christine bei einer Eisenbahnerfamilie und fuhr nur an den Wochenenden nach Hause. Sie war inzwischen im 16. Lebensjahr.

Christine: „In Arnsberg war der Einfluss der Nazis besonders in den Fächern Deutsch, Geschichte und Biologie spürbar, wenn auch manche Stunde durch Fliegeralarm ausfiel. Ab 1943 wurden die Kriegseinsätze ernsthafter, es ging nicht mehr nur um Hilfe bei der Ernte. Ein Einsatz, der mich sehr beeindruckt hat und mit dem ich lange zu tun hatte, war die Bombardierung der Talsperren. Dadurch sollte die Stromversorgung des Ruhrgebietes gestört werden. Ich lebte nicht weit von der Möhne-Talsperre entfernt. Als die Sperrmauer getroffen wurde, war Fliegeralarm und die Bewohner befanden sich in den Luftschutzkellern. Wer in der Flutbahn wohnte, ertrank in den Wassermassen. Die Häuser wurden ganz oder teilweise weggerissen. Auf den Wiesen am Flusslauf standen viele Baracken, in denen sogenannte Fremdarbeiter wohnten. Es gab keine Rettung für sie. Wir Mädchen der oberen Klassen wurden aus der Schule rausgenommen und mussten den Leuten in den Häusern, die noch stehen geblieben waren, beim Aufräumen und Saubermachen helfen. Unterdessen waren Helfertrupps unterwegs, die vielen Leichen zu bergen. Bis dahin hatte ich noch nie einen Toten gesehen. Ich begann zu begreifen, was ein Krieg bedeutet. Wir mussten allein mit dem Geschehen fertig werden. Eine Betreuung gab es nicht."

Im Elternhaus von Christine gab es keine Nazi-Zeitung, es gab auch kein Hitlerbild, aber natürlich ein Kreuz. Der Vater war mit dem Anstaltspfarrer befreundet. Im Haus über den Risses wohnte ein ziemlicher Nazi, so dass ihr Vater abends in der Dunkelheit durchs Fenster stieg, damit der Nachbar nicht sah, dass er das Haus verließ und zu dem Pfarrer ging. Es wurden Bücher getauscht und wenn es möglich war BBC gehört. Ausländische Sender zu hören war allerdings streng verboten.

Christine: „Ich habe meinen Vater einmal gefragt, warum gehst Du nicht in die Partei? Seine Antwort: 'Ich trete nicht in die Partei ein, ich bin Demokrat.' Schwer verständlich, aber ich hatte gelernt auf zwei Ebenen zu leben; die eigene Überzeugung zu haben und zu verbergen und Ängste nicht zu zeigen. Als der Krieg sich ausweitete: diese jungen Leute als Krüppel zu sehen, die teilweise in meinem Alter waren, von Verbrechen zu hören, die Verfolgung der Juden zu sehen, das alles waren Eindrücke, die dazu führten, dass ich später auf meinen Weg kam."

Bei einem Kriegseinsatz während der Sommerferien im Juli 1944 musste Christine bei der Verpflegung der Soldaten einer FLAK-Batterie am Rande der Stadt Arnsberg helfen. Einsatzort war ein ehemaliges Ausflugslokal. Die Wirtin hatte auch zwei Russinnen zur Hilfe. Sie waren zur Arbeit nach Deutschland verschleppt worden.

Christine: „ Sie konnten kein deutsch und ich konnte kein russisch. Wir sollten uns mit ihnen eh' nicht unterhalten. Ich hatte oft mit der jüngeren Russin im Garten zu tun. Wir hatten beide das Bedürfnis uns zu verständigen. So richtig funktionierte das aber nicht. Am 20. Juli kommen wir aus dem Garten ins Haus zurück, da kommt die Meldung: Attentat auf Hitler. Ich habe im ersten Augenblick nur so… (Hand vor den Mund gehalten) gemacht. Es wäre mir sonst passiert zu sagen, Gott sei Dank, der Krieg ist zu Ende. Zum Glück war ich so diszipliniert, dass ich nichts gesagt habe. Es wäre mir wohl nicht gut bekommen."

Nach den Sommerferien wurden die Arnsberger Mädchen in ein sogenanntes Schulungslager geschickt.

Christine: „Offensichtlich, um uns auf den Einsatz im Rahmen des „totalen Kriegseinsatzes" vorzubereiten. Jeden Morgen war Fahnenappell in BDM-Uniform, nach dem Frühstück wurde gesungen und es wurden Berichte gehört, dann ging's zum Sport und am Nachmittag wurde im Buch „Mein Kampf" von Hitler gelesen. Es sollte der Vermittlung von NS-Ideen dienen".

Am 1. Oktober 1944 folgte der Eintritt in den Kriegseinsatz. Christine kam zu den Dominit-Werken in der Nähe von Brilon. Die Firma stellte Batterien, Handlampen für den Sicherheitsdienst, Teile für Flughafenbefeuerungen usw. her. Christine kam erst an die Fräsmachine und dann ans Fließband. An dem Band arbeiteten Russinnen (sogenannte Fremdarbeiterinnen), deren Arbeit zu kontrollieren war.

Christine: „Manchmal ergaben sich heikle Situationen. Es gehörte z.B. zu den Arbeiten der Russinnen die Toiletten zu putzen. Eines Tages komme ich zur Toilette und höre, wie eine Russin vor sich hin schimpft. Ich verstand nur: „Nix kultura Germanski". Ich dachte, oh Gott,

Ehemann Hans Koschnick war von 1967 bis 1985 Bremens Bürgermeister, von 1987 bis 1994 vertrat er die Hansestadt im Deutschen Bundestag. Er starb am 21. April 2016.

wenn das nun einer hört und du hast das nicht gemeldet. Aber dann habe ich mir gesagt, ich melde das nicht! Abends habe ich das meinen Eltern erzählt und mein Vater hat gesagt, das ist richtig, dass Du das nicht gemeldet hast, sonst wäre die arme Frau dran gewesen.

Im Februar 1945 hatte die Firma Dominit kein Material mehr. Christine wurde nach Hause geschickt.

Im April 1945 kamen die Amerikaner. Die Familie Risse musste innerhalb einer Stunde zeitweilig das Haus räumen. Die Amerikaner quartierten sich dort ein. Sie bewachten von dort eines der örtlichen Lazarette. Die Patienten waren inzwischen Kriegsgefangene geworden.

Christine: „Arbeitslose wurden in der Landwirtschaft eingesetzt. Ich war zum Runkeln ziehen auf den Feldern, habe mit anderen die Kirche geputzt und die Bibliothek der katholischen Gemeinde neu geordnet. Es fand sich Kitsch, NS-Lektüre fehlte. Es war Zeit genug, über die äußeren und inneren Vorgänge der letzten Jahre nachzudenken. Ich wollte es nun genau wissen. Ab 1946 begannen in Nordrhein-Westfalen Förderkurse zur Erlangung der Hochschulreife. Ich bin wieder nach Arnsberg gegangen, um meinen „Reifevermerk“ in ein reguläres Abitur umzuwandeln. Im März 1947 habe ich dann mein Abitur gemacht. Ich wollte Sozial- und Staatswissenschaften studieren. Ich hatte den Schein, das Abitur in der Tasche, und was nun?“

Teil 2 in Heft 39

Klimaschutz – eine Herausforderung

Traudel Kassel

Die Proteste vor allem der Fridays for Future gegen die zögerlichen Schritte der politisch Verantwortlichen haben die Gesellschaft aufgeschreckt. In Umwelt-NGOs ist der Klimawandel das beherrschende Thema, aber auch in politischen Gremien, in den Medien, den Gewerkschaften, in Betrieben und Büros werden die für einen wirksamen Klimaschutz notwendigen Maßnahmen und ihre Auswirkungen auf uns alle und vor allem auf die Arbeitsplätze viel – und kontrovers – diskutiert.

Zurzeit ist die Bedrohung von Arbeitsplätzen in Branchen mit klimaschädlicher Produktion in der öffentlichen Diskussion. In der Kohleindustrie geht es um 20 000 unmittelbar betroffene Arbeitsplätze in strukturschwachen Regionen, wobei dabei erfahrungsgemäß viele weitere Menschen betroffen sind: in den Zulieferindustrien, im Einzelhandel, in den Gemeinden, die über bröckelnde Einnahmen und Bevölkerungsschwund klagen.

In der Autoindustrie und ihren Zulieferbetrieben geht es um ganz andere Größenordnungen, wenn der Absatz einbricht, egal ob wegen lahmender Konjunktur oder wegen der Umstellung auf Elektroautos. Hier sind als erste Leiharbeiter betroffen und die Beschäftigten kleinerer Zulieferbetriebe, die nicht über die Milliarden verfügen, um in neue Geschäftsfelder zu investieren.

Aber wer zählt die verlorenen oder bedrohten Arbeitsplätze, die fast täglich gemeldet werden – hier ein paar Tausend, dort ein paar Hundert, mal nur 15 oder 30. Die Gründe sind Rationalisierungen, Fusionen, Insolvenzen, Verlagerungen an günstigere Standorte im In- und Ausland – also der ganz normale Wahnsinn in einer Wirtschaft, die auf der Jagd nach dem Profit und gnadenloser Konkurrenz basiert.

Es ist also nicht so, dass eine zukunftsweisende, auf Eindämmung klimaschädlicher Emissionen gerichtete Politik der eine große Arbeitsplatzvernichter ist. Im Gegenteil, es könnten viele neue Arbeitsplätze in klimafreundlichen Wirtschaftszweigen entstehen, auch in der Industrie.

Der FOCUS hat kürzlich eine Aufzählung des zurzeit angekündigten Stellenabbaus in Deutschland veröffentlicht.* Es sind über 100 000 Stellen nur bei Großkonzernen – und das nicht nur wegen der Klimapolitik. In der Aufzählung fehlen die zigtausend Arbeitsplätze, die gerade in Branchen der erneuerbaren Energien, der Solar- und Windenergie, durch politische Entscheidungen verlorengegangen sind.

Wer und was bestimmt die deutsche Klimapolitik?

Wer sie offensichtlich nicht bestimmt, ist leichter zu beantworten: Umwelt- und

Klimaschützer, das Umweltbundesamt und das Umweltministerium. Bei allen Gipfeln und in allen Kommissionen in Energie-, Umwelt- und Klimafragen tagen Politiker*innen und Fachleute aus Wirtschaft und Verbänden monatelang. Ihre Beschlüsse fallen in der Regel hinter die Erwartungen der Umwelt- und Klimaschützer zurück. Das war bei der Kohlekommission so, als der Ausstiegstermin auf 2038 festgelegt wurde und ist auch beim jetzigen Klimapaket der Fall, wo der Einstieg in die CO_2-Bepreisung mit 10 Euro pro Tonne CO_2 viel zu gering ausfällt. Laut Umweltbundesamt müsste sie 180 Euro kosten, um wirksam zu sein. (In der Schweiz sind es etwa 100 Euro, in Schweden 115 Euro).

Dass Flüge nur minimal höher besteuert werden als bisher, kommt vor allem vielfliegenden Besserverdienenden zugute. Dass der so genannte ökologische Fußabdruck mit dem Einkommen steigt, belegen Studien. Auch bei der Nutzung von Autos müssten leistungsstarke Pkws (nicht nur SUV) so stark mit CO_2-Steuer belegt werden, dass es weh tut. Dagegen sollten Menschen mit geringem Einkommen und zum Beispiel kleine Gewerbetreibende, die ihren kleinen oder größeren Wagen benötigen, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen, stärker entlastet werden als vorgesehen.

Wenn man es ernst meinte ...

Die größten Zweifel an der Glaubwürdigkeit der Klimapolitik entstehen aber durch die Verflechtung mit den Interessen der Wirtschaft, besonders der Industrie. Wenn etwas schädlich für das Gemeinwohl ist, müsste es von der Politik verboten werden. Mord, Raub und Diebstahl sind schließlich auch verboten, weil sie schädlich sind und das Gemeinwohl gefährden.

Wenn man die Klimaerwärmung verhindern will: Warum vergeht kein Tag ohne Werbung für klimaschädliche Kreuzfahrten, Fernreisen oder superstarke Autos im Briefkasten? Gehört solche Werbung nicht verboten? Wie viele Wälder müssten nicht abgeholzt werden, wenn allein der Verpackungs- und Werbeindustrie Schranken gesetzt würden?

Wie viele Produkte müssten gar nicht hergestellt, transportiert, verpackt, zugestellt und am Ende wieder entsorgt werden, weil sie schädlich, von geringem Nutzen oder auf Verschleiß produziert sind? Unter anderem die klimazerstörerische Rüstungsproduktion?

Wenn man es ernst meinte z.B. mit dem Schutz des brasilianischen Regenwaldes, warum werden dann Abkommen mit der Regierung geschlossen, die dessen Vernichtung vorantreibt? Genauso werden enorme Umweltschäden in Bolivien bei der Ausbeutung der Lithiumvorkommen in Kauf genommen, weil sie für die Batterien der E-Autos benötigt werden.

Kann es überhaupt einen wirksamen Klima- und Umweltschutz geben, solange die gesamte Gesellschaft darauf ausgerichtet ist, dem Wohlergehen einer Wirtschaft zu dienen, deren einziger Zweck die Erzielung von Profit ist – allem Gesäusel von Dienst am Kunden zum Trotz?

Wie verhalten sich die Gewerkschaften?

Vor allem für die Industriegewerkschaften, deren Mitglieder die konkreten Folgen einer wirksamen Klimapolitik besonders stark spüren werden, sind das

Von Campact organisierter Protest vor dem Kanzleramt.

Auch Kreuzfahrt-Tourismus und der zugehörige Schiffbau (wie hier die Meyer-Werft) stehen unter Druck.

Herausforderungen, denen sie sich stellen müssen. Sie befinden sich einer Zwickmühle: sie müssen die unmittelbaren Interessen der Beschäftigten vertreten und sich für die Sicherung von Einkommen und Arbeitsplätzen einsetzen. Dafür zahlen die Mitglieder schließlich ihre Beiträge. Wie können und müssen sie sich in diesem Konflikt verhalten?

Zugleich wissen alle informierten Gewerkschafter*innen, dass die Arbeitswelt ständigen Veränderungen ausgesetzt ist, die auch immer schneller vonstatten gehen. Dafür sind die globale Konkurrenz um die billigste Produktion und die zu erwartenden Umwälzungen durch die Digitalisierung verantwortlich. Die Menschen spüren das und sind in Sorge um ihre Zukunft.

Tarifvereinbarungen über Weiterbildung und Umschulung von Beschäftigten und Maßnahmen zur Beschäftigungssicherung können den Strukturwandel ein Stück weit abfedern. Die Folgen der Unterbietungskonkurrenz um die billigsten Arbeitskräfte und die schlechtesten Umweltstandards sind aber mit tarifpolitischen Mitteln allein nicht in den Griff zu bekommen. Das gilt auch für die Veränderungen, die bei einer ernsthaft betriebenen Umwelt- und Klimapolitik unausweichlich werden. Und diese muss schnell greifen, wenn sie wirksam sein soll.

Die IG-BCE hat sich eindeutig dafür entschieden, die Interessen der Beschäftigten auf die Erhaltung bestehender Arbeitsplätze zu reduzieren. Klimaschutz ja, aber zuerst in China und USA … Deutschland ist in ihren Augen klimapolitisches Vorbild. Klimaaktivisten sind für sie ein Feindbild, gegen das die IG-BCE ihre Mitglieder gemeinsam mit den Energiekonzernen mobilisiert.

In der IGM sind die Elektromobilität in der Automobilindustrie und die Digitalisierung in vielen ihrer Branchen drängende Themen. „Die Transformation ist nicht aufzuhalten, sie wird jeden Betrieb und alle Beschäftigte treffen. Wir haben den Anspruch, dass aus technischem Fortschritt auch sozialer Fortschritt werden muss," war eine Aussage zum IGM-Gewerkschaftstag im Oktober 2019. Dort waren „Transformation" und „Dekarbonisierung" (Kohleausstieg) zentrale Stichworte.

Qualifizierung spielt hierbei eine Hauptrolle. Arbeitgeber müssen eine vorausschauende Personal-, Innovations- und Investitionspolitik betreiben, um Beschäftigung zu sichern. Die Politik muss

S.O.S. für die Schöpfung? - Am 20.09., einem Tag weltweiter Klima-Proteste, hingen Rettungswesten am Bremer Dom.

den notwendigen Wandel arbeitsmarkt-, sozial- und strukturpolitisch flankieren – zum Beispiel mit einem Recht auf Weiterbildung.

Die IGM setzt auf Elektromobilität als Ausweg, der Arbeitsplätze sichern soll. Konkret verlangt sie den Ausbau der Lade-Infrastruktur für Elektroautos. Nachteile der Elektromobilität blendet sie dabei aus. Zugleich fordert sie den schnellen Ausbau erneuerbarer Energien und des öffentlichen Personen- und Güterverkehrs als gesellschaftspolitisches Ziel.

ver.di: Auf dem ver.di Bundeskongress im September 2019 heißt es im Beschluss zur Energiepolitik „Die Umweltbewegung ist ein wichtiger Bündnispartner". „Ihr könnt sicher sein", sagte ver.di-Vorsitzender Werneke an die Adresse von Fridays for Future, die auf dem Kongress zu den Delegierten sprachen, „wir werden gemeinsam für eine ökologische Wende, die sozial gerecht gestaltet wird, kämpfen. Das ist eine Zusage von mir! Denn gutes Klima und gute Arbeit gehören nachhaltig zusammen", so Werneke. Für (klimagerechte) Mobilität! Konkret mobilisierte ver.di auch zum Klimastreiktag und ermutigte Mitglieder Bildungszeit oder frei zu nehmen, oft im Einverständnis mit dem Arbeitgeber.

Noch wichtiger ist aber: Die Menschen werden nur dann aufs Auto verzichten (können), wenn es gut erreichbare, verlässliche, komfortable und preisgünstige Alternativen gibt, nicht weil der Sprit ein paar Cent teurer wird. Deshalb liegt der Schwerpunkt darauf, den öffentlichen Nahverkehr billiger und besser zu machen.

*Über 30.000 Bremer*innen demonstrierten am 20.9. Auch DGB und mehrere Einzelgewerkschaften hatten dazu aufgerufen.*

Wer es ernst meint ...

... mit der Bewältigung der Klimaerwärmung – und auch anderer Umweltprobleme wie Plastikmüll, wird nicht um viele Diskussionen und Abwägungen von Interessen herumkommen. Wir müssen uns als Gewerkschafter*innen mit den jungen Klimaaktivist*innen ebenso auseinandersetzen wie mit den Menschen, die ihre Existenzgrundlage verlieren. Wir müssen Unternehmen und die Politik in die Pflicht nehmen, die notwendigen Schritte zur Umsteuerung in der Wirtschaft und Gesellschaft zu unternehmen. Die Gewerkschaften müssen politisch handeln.

* https://www.focus.de/finanzen/boerse/stellen-in-gefahr-deutschlands-grosskonzerne-bauen-bis-zu-102-000-stellen-ab_id_11225410.html

IMPRESSUM

Die Zeitung wird gefördert durch GEW Bremen, IG Metall Bremen und ver.di Bremen. Über weitere MitarbeiterInnen würden wir uns freuen. Kritik und Anregungen sind uns immer willkommen.

HERAUSGEBER & KONTAKT
Arbeitskreis DGB-Senior*innen Bremen
c/o Gerd Bohling, DGB-Haus Bremen
Bahnhofsplatz 22–28, 28195 Bremen
E-Mail wir@aulbremen.de

DRUCK
Wir machen Druck

REDAKTION
Wolfgang Bielenberg (GEW), Gerd Bohling, Udo Hannemann, Hugo Köser, Hermann Wilkening (IGM), Cornelia Förster-Bonomo (NGG), Willi Derbogen, Marita Froese-Sarimun, Marlene Henrici, Traudel Kassel, Bernd Krause, Reiner Meissner, Margot Müller, Günther Wesemann, Manfred Weule, Brigitte Wilkening, Holger Zantopp (ver.di)

V.i.S.d.P.
Jens Tanneberg
Bildungsvereinigung Arbeit und Leben
Tel. 0421 / 960 89 12

Frühere WIR-Ausgaben unter >>> https://www.aulbremen.de/index.php?key_nav=002-003-006

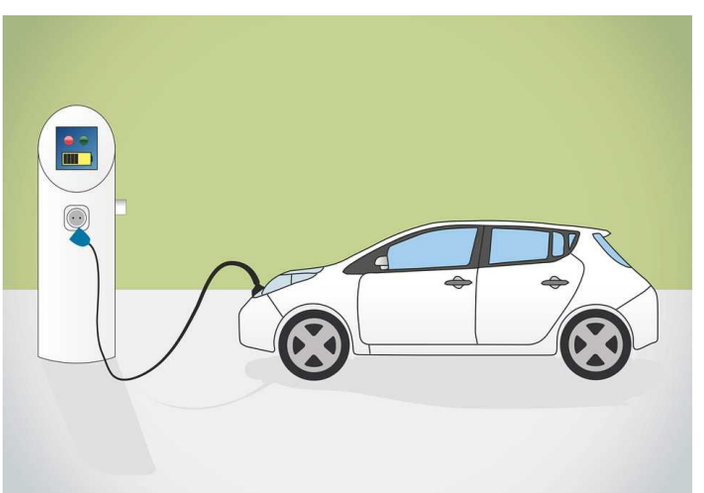
AutoMobilität - gestern und heute

Udo Hannemann

Heutige Elektro-Autos der globalen Hersteller und der Umgang mit der veränderten Geschäftsidee haben sehr viel gemeinsam mit den ersten Automobilen vor 1900. Damals bauten die Kutschenhersteller ihre „Automobile“ wie eine Kutsche und warben mit dem Slogan „Pferde fressen immer - Automobile nur wenn sie fahren“. Ein Automobil kostete den Lohn vieler Jahre eines damaligen Arbeiters und war nur für wenige Reiche erschwinglich.

Heutige, sogenannte „E-Autos“, haben statt des Verbrennungsmotors einen E-Motor. Alles andere, z. B. das Umweltproblem oder die fehlende Fläche in den Städten soll unverändert bleiben. Selbst das Treibstoffproblem - damals vor 120 Jahren mussten Automobilbesitzer den Treibstoff in der Apotheke kaufen - scheint man durch individuelle Lösungen aussitzen zu wollen.

Für viele ist klar: Das Automobil als Statussymbol hat seine Rolle ausgespielt.



Das „System Auto“ in seiner gesamten Kette, mit seinem energetischen und ökologischen Fußabdruck ist heute global nicht mehr mit den Bedürfnissen der Menschheit kompatibel. Ein „echtes E-Auto“ wird über bis zu 2/3 weniger Teile verfügen, nachrüstbar für zukünftige Anpassungen und voll recycelbar sein. Neue Rohstoffe und weitgehend vollautomatische Produktionsverfahren werden Fahrzeuge billiger machen. Eine Reihe von Herstellern, Zulieferern und Autowerkstätten werden wie vor 100 Jahren verschwinden da deren Eigentümer glauben, sich nicht bewegen zu müssen. Leitragende werden die jetzt Beschäftigten sein. Diese müssen deshalb bereits heute eigene, langfristige Auffanglösungen erarbeiten, damit sie nicht überrascht werden.

Der moderne, mobile Mensch wird das Geld, das er heute für Arbeitsplätze in für Verbrenner nötige Dinge und Infrastrukturen ausgibt, nicht sparen, sondern anderweitig ausgeben. Insbesondere für eine umweltfreundliche Mobilität. Es gilt,

- die veränderten Geschäftsmodelle zu erkennen,
- kein Geld in die alten Geschäftsfelder zu versenken und
- den Umbau der Gesellschaft zügig voranzubringen.

Und dies gegen die Lobbyarbeit der Kapitaleigner, die wie bei allen Veränderungen ihre überholten Geschäftsmodelle mit aller Kraft, auf Kosten der Beschäftigten, unter Beibehaltung hoher Eigenkapitalrenditen verteidigen.

Notwendige Veränderungen für eine bessere Zukunft kann man aufhalten. Um so schmerzhafter werden in einer weltweiten Wirtschaft die Veränderungen für die, die zu spät kommen. Funktionieren kann der bevorstehende Kraftakt der Veränderung nur mit Unterstützung der organisierten Beschäftigten. Hierfür ist eine erweiterte, volle Mitbestimmung, die Wirtschaftsdemokratie als Transformationshebel (*) erforderlich.

Also arbeiten wir daran – für eine bessere Zukunft.

*) Siehe Artikel „Wirtschaftsdemokratie als Transformationshebel“ von Hans-Jürgen Urban in „Blätter für deutsche und internationale Politik - November 2019“ nachzulesen unter https://hans-juergen-urban.de/category/gewerkschaft/

Warum ist der Ausstieg aus der Kohle so schwer?

Udo Hannemann

Kraftwerk Hastedt. Links der Turm ist das 2016 aus dem Netz genommene Gaskraftwerk. Rechts das „wirtschaftliche" Kohlekraftwerk. Als Nebenprodukt produziert es Gips für die Bauindustrie und Fernwärme.

In Bremen wird nach dem Verkauf der Stadtwerke Bremen (SWB) an die Oldenburger EWE der meiste Strom immer noch mit Verbrennungsanlagen erzeugt. Dies ist höchst profitabel und erlaubte zu Zeiten, als die Stadtwerke noch in bremischem Besitz waren, die Querfinanzierung von anderen defizitären öffentlichen Dienstleistungen wie z. B. dem öffentlichen Nahverkehr (BSAG).

Die tatsächlich anfallenden Stromkosten wurden und werden verschleiert und sind kaum nachvollziehbar. Dies ist die Folge des seit dem Jahr 1935 eingeführten „Gesetz zur Förderung der Energiewirtschaft" (schamhaft „Energiewirtschaftsgesetz" genannt) und der damit einhergehenden Aufteilung Deutschlands in Strommonopolgebiete. Vorrang bei der Stromverteilung hatten hier die (Rüstungs-)Betriebe. Die Stromnetze sollten, wie in der Präambel zu diesem Gesetz aufgeführt, nach erklärten Willen der damaligen Politiker „wehrhaft" gemacht werden. Die Strompreise wurden so gestaltet, dass die Industrie „billigen Strom" erhielt und die Millionen von Einzelhaushalten den Differenzbetrag durch überhöhte Stromrechnungen ausgleichen mussten. Diese „bewährte Methode" zur Finanzierung von verdeckten Projekten wurde auch nach 1945 beibehalten und diente (in Ost und West…) u.a. zur Finanzierung der unglaublich hohen Kosten zur Herstellung von spaltbarem Material in den sogenannten „Kernkraftwerken" für die Aufrüstung der Armeen mit Atomwaffen.

Am 19. Februar 1997 trat in der EU die „Binnenmarktrichtlinie Elektrizität" in Kraft (RL 96/92/EG) mit der Vorgabe an die Mitgliedsstaaten, sie bis spätestens 19.02.1999 in nationales Recht umzusetzen. Diese Richtlinie bestimmt die Organisation des Strommarktes, des Marktzugangs alternativer Stromanbieter sowie Vorschriften für den Betrieb der Übertragungs- und Verteilernetze.
Der freie Wettbewerb hat seit 1999 zunächst zu einem starken Preiskampf geführt.

Stromanbieter haben ihre Überkapazitäten abgebaut, ihre Unternehmen umgebaut und rationalisiert. Die Folge davon war ein Konzentrationsprozess auf dem deutschen Energiemarkt. Neben den vier (vorher 8) überregionalen Verbundunternehmen gibt es heute in Deutschland rund 900 Stromversorger (ohne Kleinerzeuger). Der Anteil des durch regenerative Energieanlagen erzeugten Stroms nahm nach Einführung des „Energieeinspeisegesetz" (EEG) rasant zu. Dieser Boom wurde dann aber durch staatliche Maßnahmen zugunsten von Braunkohle-, Kohle- und Atomkraftwerken abgewürgt. Private Haushalte müssen seitdem unsinnige oder überflüssige Kosten für Infrastrukturmaßnamen (Offshore / neue Stromtrassen) bezahlen.

Der regenerativ erzeugte Strom ist heute preiswerter als der durch Verbrennungs- oder Atomanlagen produzierte Strom. In Bremen wird trotzdem der Großteil seiner elektrischen Energie immer noch durch Kohle- und Müllkraftwerke erzeugt. Diese rechnen sich wirtschaftlich durch die niedrigen Kosten für ihr Heizmaterial und durch Nutzung in einem Verbund der Kraft-Wärmekopplung (Fernwärme).
Das umweltfreundlichere „Erdgas betriebene Kraftwerk" für Spitzenzeiten in Hastedt, errichtet 1972, wurde wegen der höheren Brennstoffkosten 2016 komplett aus dem Betrieb genommen. Wenn es also politisch nicht gewollt ist, auf Kohle, Öl und Erdgas als Primärenergie zu verzichten, findet sich auch immer eine wirtschaftliche Begründung. Aber:
Entscheider sind die Eigentümer der Kraftwerke.

Jümmers noch keen Enn vun de Macho-Kultur bi't Schaffermahl

Holger Zantopp

Bi de Ieswett in Bremen hebbt se dat vörmaakt: Vun nu af an sünd bi dat grote Festeten vun üm un bi 800 Gäst ok Froenslüüd tolaten, dat eerste Mal siet 1828. Dat warrt ok Tiet!

Bi de Schaffermahltiet is de Laag en beten mehr vigeliensch. Na hunnerte vun Johren sünd de gräsigen Zöpp afsünnerlich lang, de wi afsnieden mööt. Kritikers snackt vun Macho-Kultur, de in uns Gesellschaft nix to söken hett. Stimmt, dat mutt to Enn bröcht warrn!

Siet Johren sünd bi dat Schaffermahl in de böverste Raathuushall ok jümmers en poor Froenslüüd mit dorbi - as Gäst, nich as Schaffersche. In Bremen hett dat siet 1545 nich een Fru as Schaffersche geven –

Ein angemalter Bart macht noch keinen Schaffer ...

mit een Utnahm. Anners kaamt jümmers 100 Koopmanns-Schaffer un 100 Seelüüd-Schaffer tosamen un ok bummelig 100 Gäst ut Politik, Wirtschaft, Kultur un Verwaltung.

Traditschoon geiht tosamen mit Plichten, warrt faken seggt. Avers wat för Plichten? An de Övermacht vun Mannslüüd fasttohollen is nich de Opgaav. Froenslüüd staht dor an de Kant un sünd blots Biwark, as Tokiekers in en Afsiet henseten. Dor köönt se sik denn jümehr Keerls in'n Glotzkassen ankieken un to glieke Tiet wat eten un drinken.

So een Schaffermahltiet is keen Veranstalten, wo private Mannslüüd as Jan, Claas un Knuth tohoopkaamt, üm Koorten to spelen oder üm mit annere Kumpels to kegeln. Dat dreiht sik veelmehr üm en Spektakel vun Vertreders, de en Deel vun de allmachtige "Herrschende Klasse" sünd – se maakt de Poorten för Froenslüüd dicht oder de Dören warrt blots en lütt beten opmaakt. Dor staht se denn, bummelig 300 Mannslüüd, mit glieke Kledaschen, datsülvige för all, swatte Antöög, witte Hemmen, witte Flegen. Bi de Schaffermahltiet gifft dat keen neemoodschen Wannel.

Froenslüüd vör de Döör to setten oder blots en poor in den Festsaal as Gäst rintolaten, dat stimmt nich mit de Verfaten övereen. In't Grundgesetz steiht schreven, Mannslüüd un Froenslüüd hebbt desülvigen Rechten. De Charakter vun de Veranstaltung in't Raathuus is nienich privaat!

Woans weer dat, wenn Utlänners nich dat Recht harrn, bi de Schaffermahltiet mit dorbi to ween? Ik glööv, denn weern in Bremen stantepee vele Minschen op de Straat gahn, üm dorgegen antogahn. In de Stadt hebbt Froens- un Mannslüüd protestert, avers - as't schient - nich luutstark noog. Siet 1975 gifft dat en Schaffersche-Mahl in de Börgerschaft. De Froenslüüd kaamt elkeen Johr jümmers in'n Harvst tosamen.

Dat Schaffen hett nix mit de Arbeit to doon. Mit den Roop harrn fröher de Seelüüd Bescheed kregen, sik an'n Disch för't Eten un Drinken to setten.

„Schaffen, Schaffen unnen un boven, unnen un boven Schaffen!"

(Essen fassen, Essen fassen unter Deck und an Deck, unter Deck und ...)

Dat Woort Schaffer meent wat anners: Fröher weern de Schaffer de Beopdragten, de de Geller vun dat Huus Seefohrt nipp un nau kontrolleren mussen. Dorüm hett dat eenmal per Johr en Rekenschaftsbericht geven.

In de NS-Tiet is de Schaffermahltiet bruukt worrn, üm den Utbo vun Bremen to en vun de gröttsten Rüststeden in Düütschland Stütt to geven. De Stiftung Huus Seefohrt harr Kontakt to en Reeg vun föhrende Nazi-Lüüd. Op düsse Oort un Wies schullen Afspraken twüschen dat Hitler-Regime un de Överklass vun de Bremer Wirtschaft kloormaakt warrn. So weern bi de Schaffermahltiet ok Faschisten as Heinrich Himmler un Roland Freisler as "Ehrengäst" inladt worrn.

In verleden Tieden is de Schaffermahltiet männichmal nich utricht worrn, ünner annern in'n Krieg oder wegen en Nootlaag. Dor zz woll to wenig Geld in de Kass. 1991 hett dat en Debatt geven, wat dat Schaffermahl wegen den Golf-Krieg utfallen schull. De Mannslüüd sünd avers tosamenkamen un hebbt sik vergnöögt. In annere Städer harrn dorgegen Karnevalisten kloor maakt, tominnst eenmal wullen se Nee to Ümtöög seggen. 2008 hett dat Bremer Friedensforum gegen Generaal-Inspekter Wolfgang Schneiderhan as "Schaffermahl-Ehrengast" protestert. He weer to de Tiet de rangböverste Bunnswehrsuldaat.

An 14. Februar 2020 is dat wedder sowiet. Dat is denn de Dag för dat 476. Schaffermahl. "Wi mööt ole Zöpp afsnieden", heff ik annerletzt mal wedder vun kritische Lüüd höört. Een hett ok de Fraag stellt, bruukt wi överhaupt so een Spektakel as de Schaffermahltiet? Bi de Versammlung kummt Geld tosamen, to'n Bispill för Seelüüd, de nix in de Melk to krömen hebbt. Ok för Weetfroens un annere Familien-Liddmaten vun Kapteins, de storven sünd. Dat weer bannig schöön, wenn se dor ok Geld över hebbt för annere Lüüd, de sozial in de Kniep sünd.

Am 14. Februar 2020 zum 476. Ma(h)l.

Nu hebbt se sik bi dat sonöömte Brodermahl nee'e Saken utdacht. Dor hett dat to'n Bispill USB-Sticks för de Lüüd geven un nich mehr so'n Handbook vun de ooltbaksche Oort un Wies. Dat digitale Tietöller is al nu bi dat Schaffermahl ankamen. Dat geiht grootmächtig vöran, oder? Wi mööt blots nochmal en poor Johrhunnerte aftöven, ehr dat de Mannslüüd wat Nee'et utklamüstert. Allens geiht seker gauer, wenn vun nu af an ok Froenslüüd mit dorbi sünd – nich as Gäst, sünnern as Schaffersche.

TERMINE der gewerkschaftliche Senior*innen-Gruppen

ver.di
jeden zweiten Donnerstag im Monat ab 14:00 Uhr
Tivoli-Saal (DGB-Haus)

NGG
Montag, 2. März, Montag 6. April ab 10:00 Uhr
Tivoli-Saal (DGB-Haus)

IG Metall Bremen -Stadt
jeden ersten Mittwoch im Monat ab 9:00 Uhr
DGB-Haus

IG Metall Bremen-Nord
jeden zweiten Mittwoch im Monat ab 10:00 Uhr
Arbeitnehmerkammer, Lindenstr. 8

IG Metall: Arbeitskreis Erwerbslose
jeden dritten Donnerstag im Monat ab 15 Uhr
DGB-Haus

GEW
jeden zweiten Dienstag im Monat ab 10:15 Uhr
Geschäftsstelle der GEW

Ein Bild des Jammers

Wird die Seute Deern verschrottet?

Marita Froese-Sarimun

Das Wahrzeichen Bremerhavens ist nicht mehr zu erhalten und muss nun abgewrackt werden. 100 Jahre hat der ehemalige Gaffelschoner durchgehalten. Hat Holz transportiert, wurde umgebaut und mit neuen Aufgaben versehen, blieb aber undicht und versank schon einmal an seinem Liegeplatz in Emden. Die „Seute Deern“ kam 1966 an ihren letzten Platz im Alten Hafen nach Bremerhaven und wurde später dem Schifffahrtsmuseum geschenkt.

In vielen Familien Bremerhavens existieren Fotografien von Hochzeiten, Kinderbildern und anderen Feierlichkeiten in der Gastronomie von und mit der „Seute Deern“. Das wird es in Zukunft nicht mehr geben. Das lässt die Bremerhavener ratlos zurück. Neben den Kosten für die Abwrackung und eine gefahrlose Entsorgung beunruhigt uns die Sorge über die Streitigkeiten. Schnell wurden Schuldzuweisungen zwischen der Politik, dem Stiftungsrat und den Verantwortlichen des Schifffahrtsmuseum in den Medien veröffentlicht. Streit und Geldsorgen lähmen aber innovative Ideen.

Was befürchten die Bremerhavener?

Die Meinungen der Bürger über den Erhalt des Schiffes gingen auseinander. Die Hauptfrage war, wer zahlt? Hätte es einen Spendenaufruf geben können, eine Tombola, einen Zuschuss Bremens oder aus einem europäischen Fond? Die Zeit der „Seute Deern“ ist nach den Gutachtern abgelaufen. Was wir befürchten? Eine leere Stelle im Alten Hafen. Mit anderen Museumsexponaten sieht es am Außengelände auch nicht so gut aus.

Was macht ein Wahrzeichen einer Stadt aus? Womit können wir uns identifizieren? Die Bremer haben die Stadtmusikanten, andere Städte einen Rattenfänger, sakrale Bauten oder andere Monumente.

In meiner Kinderzeit war es der Hein Mück aus Bremerhaven, vertont in einem Lied. Dann war es der Radarturm, weithin sichtbar, später die Neubauten des Columbus Centers, es folgte die „Seute Deern“ und nun entsteht für eine Weile ein Vakuum. Wir brauchen einen Besuchermagnet in der Innenstadt. Touristen und viele Kreuzfahrtreisende kommen am Alten Hafen vorbei und es fehlt ein Hingucker, der Lust auf einen Besuch unserer Stadt macht.

Die Wende

Nun hat es sich in den letzten Tagen ergeben, dass ein unverhoffter Geldstrom aus dem Kulturhaushalt des Bundes eine Rekonstruktion der „Seute Deern“ möglich machen kann. Um den Tourismus zu fördern gibt es u.a. ein Konzept, den Nachbau so gläsern zu gestalten, dass Besucher dabei zusehen können.

Natürlich hagelt es bei diesem Millionen Euro Paket von vielen Seiten Kritik. Nach einer Medienumfrage haben sich viele Bremerhavener*innen mit der Verschrottung abgefunden und das Geld wäre sinnvoller in den Klimaschutz oder soziale Projekte investiert. Darüber wird in den nächsten Monaten heftig und emotional gestritten werden. Und im Neuen Hafen wird eine Rekonstruktion der „Seute Deern“ entstehen.

Oben die Galionsfigur der Seuten Deern, die nun wohl doch restauriert werden kann.

Gedanken zum Siebzigsten …

Wolfgang Bielenberg

Ich hoffe, ihr habt alle ein Glas mit was drin zur Hand. Schön, dass ihr alle da seid! Ihr wisst, warum: Ich bin gestern 70 geworden. Die 70 hat ja als reine Zahl keine andere Qualität als die 13, 25 oder die 86. Aber wir rechnen ja im Dezimalsystem, in der die Zehnersprünge eine hervorragende Stellung innehaben. Also doch etwas Besonderes. Und ein Anlass, dass ich mich mit dem Alter auseinandersetze:

Alter – als Begriff – wird durchaus unterschiedlich benutzt. Hier wenige Beispiele aus dem Redensarten-Index: Was geht, Alter? Hier als männliche Anrede, um die Aufmerksamkeit der zuhörenden Person zu steigern oder als Anrede für den Vater (etwas respektlos, trotzdem seit etwa 1500 gebräuchlich),

Alter Schwede als Ausdruck des Erstaunens oder – auf eine Person bezogen im Sinne von Kumpel. Übrigens als Redensart auch historisch: Galt sie nach Ende des 30-jährigen Krieges als Bezeichnung für die kriegserfahrenen schwedischen Unteroffiziere im Dienste von Friedrich Wilhelm Eins.

Nett auch der alte Knacker. Kommt zum einen von der Begleiterscheinung des Gelenkknackens mit fortschreitendem Verfall des menschlichen Körpers. Oder aus dem Handwerk der Flachs- und Leinspinner. Nachdem der Lein zu einem Faden gesponnen war (meist in Heimarbeit) musste er auf eine Haspel gewickelt werden. Damit alle Spulen zum Abrechnen gleich viel Garn enthielten, hatte die Haspel ein einfaches Zählwerk, das nach einer bestimmten Länge einmal knackte (Knackhaspel). So musste man nur das Knacken zählen und konnte damit die Länge bestimmen. Oft wurde mit dem Aufhaspeln der Opa betraut, der schlecht sah und auch sonst für schwerere Arbeiten nicht mehr geeignet war. Das war dann eben der alte Knacker.

Weitere Begriffe: alter Hut, alter Gauner, Alter Ego, alter Sack, alle recht eindeutig. Im zarten Alter passt hier und heute wohl nicht so ganz.

Besser vielleicht der alte Hase, eine Redewendung, die sich darauf bezieht, dass Hasen in der Regel nicht so alt werden, weil sie so viele Feinde haben. Der Hase, der dennoch alt wird, muss also sehr geschickt sein, weil er immer wieder seinen Jägern entkommen ist.

Ok. Ich habe in meinem Leben wenige Jäger gesehen, denen ich entkommen musste.

Aber „Alt wird man von ganz alleine“ stimmt auch nicht so ganz. Gehört doch etwas Glück dazu. Ich – und ich meine der größte Teil der hier Anwesenden – wir hatten Glück in unserem bisherigen Leben: Wir leben in einem Land ohne direkte kriegerische Auseinandersetzungen – unseren Familien und Freunden geht es gut – wir sind halbwegs gesund. Aber wenn wir Nachrichten hören, wird deutlich, dass es keine Garantie dafür gibt, dass alles so bleibt. Denken wir an Klima, soziale Spaltung, Kriegsgefahr, Neofaschismus. Wir haben jeden Grund, in den Auseinandersetzungen um diese Fragen Position zu beziehen. Nicht nur für unsere Kinder – auch für uns.

Lasst uns das in alter Frische tun. Ich komme noch einmal auf den Anfang meiner Ausführungen zurück: Ich trinke mit euch auf einen schönen Abend und schließe mit Wilhelm Busch:

"Alte Bäume behämmert der Specht am meisten." Prost!

Die vorstehende kleine Rede hielt ich anlässlich der Feier meines Geburtstages.

27. Januar

Veranstaltungen in Bremen 2020

Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus

ERINNERN FÜR DIE ZUKUNFT e.V.

Landeszentrale für politische Bildung Bremen

Einem Teil der Auflage liegt dieser Flyer zu den Gedenkveranstaltungen bei.